

SPD-Diskussionsrunde in der Begegnungsstätte

VON VOLKER KÖLLING

Lemwerder. Wenn sich 25 Menschen in einem engen Raum versammeln und sich alle Duzen, ist man entweder im Kegelklub oder auf dem Treffen einer großen deutschen Volkspartei. In diesem Fall war es die SPD, beziehungsweise deren scheidender Bundestagsabgeordneter Holger Ortel, der mit Kollegen über „Perspektiven der Arbeit an der Küste“ reden wollte. Vorab gab es mit dem Bremerhavener Uwe Beckmeyer und der SPD-Bundestagskandidatin Susanne Mittag Firmenrundgänge, den letzten auf der Fassmer-Werft in Berne.

Dazu gab es von Susanne Mittag Kritik an der Unkreativität der Bundesregierung in Sachen Offshore-Windindustrie: „Wir haben erfahren, wie sehr auch die Betriebe hier wie etwa Fassmer auf das Thema Offshore setzen. Gleichzeitig erleben wir eine Bundesregierung, die es komplett an der nötigen Verlässlichkeit mangeln lässt.“ Beckmeyer stimmte ihr wenig später zu: „Dieser Eierkurs der Bundesregierung ist tödlich für solch eine Ökonomie.“

Wer Rat braucht, warum es der Regierung so sehr an Fingerspitzengefühl für die im Norden wichtigen Themen fehle, muss nur Holger Ortel fragen: „Seht euch, sehen

sie sich doch nur einmal die Zusammensetzung der Bundesregierung an. Es gibt keinen einzigen Minister aus Norddeutschland. Das war noch nie gut für die Küste.“ Immer wieder gibt es Verklärungen der Amtszeit eines Gerhard Schröder. Beckmeyer erinnert an die Einführung der maritimen Konferenzen durch Schröder, an das maritime Bündnis, aus dem die Kanzlerin sich seiner Ansicht nach verabschiedet hat.

Nach der Erinnerung an die Gipfel eines Gerhard Schröders geißelt Beckmeyer die Gipfel der Kanzlerin: Auf 43 bringe es Angela Merkel allein in der ablaufenden Legislaturperiode, eine echte „Gipflei“ mit immer gleichen Floskeln und austauschbaren Reden. Dabei werde Deutschland so schlecht regiert wie noch unter keinem Kanzler zuvor, so die Meinung des ehemaligen Bremer Häfensensors.

Mitunter geht Beckmeyer ins Detail. Etwa wenn es um die Neuorganisation der Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen geht. Da habe die FDP in der Regierung das blanke Chaos ausgelöst. Komme nach der Wahl im September die SPD an die Regierung, dürften sich die Ämter wieder um ihre eigentlichen Aufgaben kümmern. Auch mit dem Stromnetzbetreiber Tennet geht Beckmeyer hart ins Gericht und gei-

belt die schlechte Finanzierung des Stromnetzausbaus des niederländischen Konzerns in Deutschland. Insgesamt fordert Beckmeyer eine andere Schifffahrts- und Industriepolitik. Mit den Reedern müsse weiter über das Zurückfliegen unter die deutsche Nationale und die Ausbildung des eigenen seemännischen Nachwuchses geredet werden, die letzten deutschen Werften müssten mit kluger Innovationsförderung unterstützt werden.

Der IG-Metall-Bevollmächtigte der Wesermarsch Martin Schindler mahnt dazu aus dem Zuhörerkreis, dass in den maritimen Industrien zur Zeit 4000 Arbeitsplätze

auf der Kippe stünden: „Das war am 18. Februar bei der maritimen Konferenz in Kiel neu für Kanzlerin, dass plötzlich Leute aus der Windkraft und von den Werften gemeinsam für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze auf die Straße gegangen sind.“ Merkel habe die Energiewende zur Chefsache erklärt, um dann die Dinge wieder zurück zu drehen. Gleichzeitig wollte Schindler aber auch wissen, was denn die SPD nach der Wahl zurück zu drehen gedenke.

Eine gewisse Skepsis ist bei einigen Nachfragern im Raum heraus zu hören. Es geht um Leiharbeit und Werkverträge selbst bei so renommierten Firmen wie der Lürssen Werft. Man erinnert sich, dass ein SPD-Kanzler Schröder die Leiharbeit in Deutschland salonfähig gemacht hat. Und mit Ortel und Beckmeyer sitzen schließlich zwei Männer ganz vorne, die jahrelang einer SPD-Fraktion in Regierungsverantwortung angehörten. Ortel geht in die Offensive: „Wir haben den Strukturwandel in der maritimen Industrie und der Wirtschaft ganz anders begleitet und eine ganze Menge mehr gemacht. Natürlich gab es auch Versäumnisse und wir mussten in einem engen finanziellen Rahmen agieren. Aber wir haben mehr getan für Norddeutschland.“



Stellen sich der Diskussion: Uwe Beckmeyer, Susanne Mittag und Holger Ortel (v.l.). FOTO: KÖ